

E-Control
Rudolfsplatz 13a
1010 Wien

Ihr Zeichen, Ihre Nachricht vom

Unser Zeichen, BearbeiterIn
BR/SA/48102Klappe (DW) Fax (DW)
39204 100265Datum
16.11.2017

**Verordnung der Regulierungskommission der E-Control, mit der die Gas-Systemnutzungsentgelte-Verordnung 2013 geändert wird
(Gas-Systemnutzungsentgelte-Verordnung 2013 – Novelle 2018, GSNE-VO 2013 – Novelle 2018)**

Der Österreichische Gewerkschaftsbund dankt für die Übermittlung des oben genannten Verordnungsentwurfes und erlaubt sich, dazu wie folgt Stellung zu nehmen:

Der Österreichische Gewerkschaftsbund hält einleitend fest, dass eine endgültige Beurteilung der GSNE-VO 2013, Novelle 2018 erst nach weiterführenden Erläuterungen durch die E-Control möglich ist und behält sich daher eine allfällig ergänzende Stellungnahme für den Regulierungsbeirat (§ 19 E-ControlG) vor – dies gilt insbesondere für den Kontext der Netznutzungsentgelte.

Der gegenständliche Verordnungsentwurf der Regulierungskommission der E-Control (REK) ist Grundlage für die im Kalenderjahr 2018 anzuwendenden Gas-Netzentgelte (§ 72 GWG 2011). Basis für diese Entgeltbestimmung wäre das Kosten- und Mengenermittlungsverfahren der Energie-Control Austria (ECA), das durch den Vorstand der ECA mittels Bescheid hätte festgestellt werden sollen (§ 69 Absatz 1 GWG 2011). Weiter bestimmt die Verordnung das Verfahren der Kostenwälzung gemäß § 83 Absatz 3 GWG 2011, die Ausgleichszahlungen zwischen den Netzbetreibern eines Netzbereiches und das Entgelt für die Verteilergebietsmanager der Verteilergebiete Ost, Tirol und Vorarlberg.

Für den Österreichischen Gewerkschaftsbund liegen die wichtigsten Ziele der Regulierung der Gasnetze in der langfristigen Sicherstellung der Versorgungssicherheit sowie in der Leistbarkeit von Energie. Die Netzregulierung muss einen kosteneffizienten Netzbetrieb mit ausreichenden Investitionsanreizen für die Netzbetreiber in Einklang bringen.

Darüber hinaus soll die Regulierung darauf Bedacht nehmen, dass die Erreichung von gesamtwirtschaftlichen Zielen bestmöglich unterstützt wird. Bei der Überwälzung von geprüften Kosten auf nachgelagerte Netzebenen muss eine faire Lastenverteilung gegeben sein.

Änderung der Netznutzungsentgelte:

Die Kostenbasis für den vorliegenden Verordnungsentwurf fehlt, da die Kostenbescheide für die 20 betroffenen Gas-Verteilnetzbetreiber weder den Legalparteien noch der Regulierungskommission rechtzeitig vorgelegt wurden.

Dieses Vorgehen der E-Control ist nach Ansicht des ÖGB nicht mit den Vorgaben der §§ 69 und 70 GWG vereinbar. Ohne erlassene Kostenbescheide, der Kostenbasis für die festzulegenden Tarife, ist eine Bewertung bzw. Beurteilung dieses wesentlichen Inhalts der Verordnung de facto nicht möglich.

Darüber hinaus möchten wir festhalten, dass eine Frist für Stellungnahme zur Gas-Systemnutzungsentgelte-Verordnung 2013 – Novelle 2018 von 13 Werktagen keine angemessene Frist darstellt.

Zu den von der Kostenbasis unabhängigen Inhalten der Verordnung:

Die Ausweitung des Netzbereitstellungsentgelts für unterbrechbare Kapazitäten sollte von einem Monitoring begleitet werden, um zu überprüfen ob die unterstellten positiven Effekte tatsächlich eintreten.

Im Zusammenhang mit Ausweitung der Tagesleistungsverrechnung ist ebenfalls eine Maßnahmen-Evaluierung und eine Veröffentlichung der Ergebnisse notwendig, da die Ausweitung nur dann angemessen wäre, wenn das Ziel die netzseitige Erlössituation zu verbessern bzw. zumindest stabil zu halten erreicht wird.

Insgesamt dürfen die Maßnahmen nicht zu einer Mehrbelastung anderer Verbrauchergruppen führen.

Mit vorzüglicher Hochachtung



Dr. Norbert Schnedl
Vizepräsident



Mag. Bernhard Achitz
Leitender Sekretär